

Betreuung von Masterarbeiten Prof.in Fuchs

Stand Mai 2025

I. Bewerbung

Die Betreuung von Masterarbeiten wird – vorbehaltlich freier Kapazitäten – laufend übernommen. Dafür ist ein kurzes **Proposal** (4-5 Seiten) einzureichen, aus der Themenstellung (vorläufiger Titel) und Forschungsfrage(n) hervorgehen (Abstract, Grobgliederung, vorläufiges Literaturverzeichnis).

Zudem hat die Bewerbung Ihr Sammelzeugnis zu enthalten.

Kontakt: ioer.fuchs@wu.ac.at

II. Allgemeine Voraussetzungen

Beachten Sie den allgemeinen Leitfaden für Qualifikationsarbeiten in der Abteilung Prof.in Fuchs auf unserer Website!

III. Abschließende Präsentation

Am Ende des Betreuungsprozesses – jedenfalls vor der Benotung – findet eine abschließende Präsentation statt, bei der Sie die wesentlichen Ergebnisse Ihrer Arbeit vorstellen. Im Rahmen dessen erhalten Sie mündliches Feedback.

Bitte halten Sie sich den hierfür bekanntgegebenen Termin frei!

IV. Themenstellungen

Die Betreuung von Masterarbeiten wird gegenwärtig vor allem in folgenden thematischen Feldern übernommen – eine konkrete Themenstellung ist eigenständig zu entwickeln:

- Abgrenzung des sachlichen Anwendungsbereichs im Sektorenvergaberecht
- Öffentliche Unternehmen als Grundrechtsverpflichtete
- Judikatur des VfGH zur „Legitimation durch Verfahren“
- Besonderheiten der Verfahren vor den Regulierungsbehörden
- Öffentliche Unternehmen und Rechnungshofkontrolle
- Aufgaben und Funktion der Regulierungssystematik zur Kostenermittlung von Verteilernetzbetreibern im Bereich Strom und Gas

- Verwaltungsgerichtlicher Vergleich
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Vergaberecht
- Der EMFA – Inhalte, Fragestellungen, innerstaatlicher Umsetzungsbedarf
- Privatwirtschaftsverwaltung – legalitätsrechtliche Anforderungen und Prüfung durch den VfGH, Abgrenzung funktionelle Privatwirtschaftsverwaltung
- Sicherung der Rationalität der Gesetzgebung – insbesondere die Judikatur des VfGH zum Sachlichkeitsgebot
- Vergaberecht und Förderungsrecht: Abgrenzungen, Schnittstellen
- Zuständigkeit und Verfahren der Verwaltungsgerichte nach Art 130 Abs 2 Z 4 B-VG
- Interessenabwägungen im Umweltrecht
- Strukturfragen der Wirtschaftsförderung
- Zusammenspiel von Wohnbauförderung und Wohnungsgemeinnützigkeit
- Regulierungsermessen
- Zukunft der Regulierung von Fernwärme
- Grundrechtliche Fragen des Fortpflanzungsmedizinrechts